

Lange, Volker; Hirche, Walter; Lenz, Werner; Biermann, Manfred

Article — Digitized Version

Braucht Norddeutschland eine gemeinsame Wirtschaftspolitik?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Lange, Volker; Hirche, Walter; Lenz, Werner; Biermann, Manfred (1986) : Braucht Norddeutschland eine gemeinsame Wirtschaftspolitik?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 66, Iss. 9, pp. 435-445

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136195>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Braucht Norddeutschland eine gemeinsame Wirtschaftspolitik?

Die vier norddeutschen Küstenländer leiden unter den gleichen Schwächen ihrer Wirtschaftsstruktur. Jüngstes Beispiel hierfür ist die Krise der Werften. Könnte eine gemeinsame Wirtschafts- und Strukturpolitik Abhilfe schaffen?

Volker Lange

Kleinstaaterei wird für Norddeutschland zum Verhängnis

Die Ereignisse um die aktuelle Werftenkrise zeigen, wie wichtig eine gemeinsame Wirtschafts- und Strukturpolitik für Norddeutschland ist. Sie zeigen auch, wie dringend nötig es ist, eine norddeutsche Wirtschafts- und Strukturpolitik mit konkreten Maßnahmen umzusetzen.

In den letzten Jahren wurde viel Engagement in die Erarbeitung von Struktur-, Küsten- und Industrieentwicklungsprogrammen für Norddeutschland gesteckt. Eine gemeinsame norddeutsche Linie konnte sich dabei nicht durchsetzen. Ursache dafür war eine unterschiedliche Einschätzung der Probleme Norddeutschlands und unterschiedliche wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen. Die Probleme Norddeutschlands – zumindest in der Küstenregion – haben gemeinsame Ursachen. Die wirtschaftspoliti-

schen Antworten müssen deshalb gemeinsam gefunden werden. Es muß – insbesondere bei der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit – zu einer Bündelung aller Kräfte – der Unternehmen, der Gewerkschaften und der Länder – zur Lösung der wirtschaftspolitischen Aufgaben Norddeutschlands kommen. Geringere Wachstumsraten und höhere Arbeitslosenquoten machen eine gemeinsame Strukturentwicklungspolitik nötig. Modische Diskussionen um ein angebliches Nord-Süd-Gefälle helfen da nicht weiter.

Entwertete Standortvorteile

Die Standortbedingungen für erfolgreiches unternehmerisches Handeln haben sich in den letzten Jahrzehnten in Norddeutschland verändert.

Die Teilung Deutschlands und Europas hatte für Norddeutschland ei-

nen Verlust des traditionellen Hinterlandes für Häfen und Handel zur Folge. Süddeutschland hat durch Betriebsverlagerungen aus dem heutigen Gebiet der DDR und Westberlins stärker profitiert.

Die Entwicklung Europas hin zur Europäischen Gemeinschaft führte zu einer Verschiebung der wirtschaftlichen Zentren. Geographisch geriet der Norden in eine Randlage, das Rhein-Main-Gebiet mit den kürzeren Wegen zu den Rhein-Mündungshäfen gewann Standortvorteile. Hinzu kam eine Bevölkerungsverdichtung im Süden mit Auswirkungen auf die Entwicklung von Dienstleistungen und Handel.

Die Einführung neuer Technologien, Veränderungen in der internationalen Arbeitsteilung, die Nationalisierung der Meere, wachsender Protektionismus und ein zunehmender

der internationaler Subventionswettbewerb führten für die traditionellen norddeutschen Wirtschaftszweige zu Wettbewerbsnachteilen.

Diese Entwicklung ist nicht von heute auf morgen gekommen. Zu spät wurde erkannt, daß die oft jahrhundertealten maritimen Standortvorteile für viele Branchen in Norddeutschland zunehmend entwertet wurden. Viele Unternehmen haben zu lange an alten Zielen festgehalten und zu spät eine wirtschaftliche Umorientierung eingeleitet, Wachstumsimpulse der letzten Jahre gingen damit am Norden vorbei.

Die Folgen sind bekannt: Anhaltende Arbeitsplatzverluste und Betriebsschließungen vor allem in den auf das Meer orientierten Wirtschaftszweigen wie Schiffbau, Schifffahrt und Fischerei, bei der Verarbeitung von Importgütern, bei Handel und Verkehr, aber auch bei Zulieferern.

Handlungsfelder

In dieser Situation ist entschlossenes und gemeinsames politisches Handeln in Norddeutschland das Gebot der Stunde. Die Werttenkrise zeigt beispielhaft, daß kurzfristiges Krisenmanagement oder Alleingänge einzelner Länder für die dauerhafte Bewältigung von Strukturproblemen nicht genügen. Grundlegende Umstrukturierung und Modernisierung der Wirtschaft in den norddeutschen Küstenregionen sind dringender denn je. Dieser Umstrukturierungsprozeß darf nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragen werden. Ein norddeutsches Konzept für die Schaffung von Arbeitsplätzen, für Umschulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen und für den Ausbau des zweiten Arbeitsmarktes muß in intensiver Zusammenarbeit mit Betriebsräten und Gewerkschaften entwickelt werden.

Eine erfolgversprechende Wirtschafts- und Strukturpolitik muß an den veränderten Standortbedingungen Norddeutschlands ansetzen. Wirtschaftspolitik für Norddeutschland, das ist Strukturentwicklungspolitik, das ist eine unternehmensbezogene Politik zur Verbesserung der Standortvorteile und zum Ausgleich der Standortnachteile. Eine solche Standortpolitik für Norddeutschland umfaßt sechs Handlungsfelder:

□ Verbesserung in der Verkehrsinfrastruktur, insbesondere um die geographische Randlage durch schnelle Verbindungen zu kompensieren. Dazu gehören z. B. Elektrifizierung der Eisenbahnstrecken Kiel-Hamburg und Hamburg-Lü-

beck, beschleunigte Anbindung Norddeutschlands an das entstehende ICE-Netz der Bundesbahn, Vorziehen des Baus der vierten Elbtunnelröhre.

□ Qualifizierungsoffensive für die Arbeitnehmer als Voraussetzung für die Zukunftsentwicklung der norddeutschen Wirtschaft. Eine Maßnahme dazu sind die Förderung und der Ausbau regionaler Umschulungs- und Qualifizierungszentren.

□ Modernisierung der Wirtschaftsstruktur durch Förderung neuer wachstumsstarker Branchen. Dazu gehört der Ausbau der Luftfahrtindustrie, der Aufbau von Biotechnologieschwerpunkten, Förderung von Informationstechnologie- und Mikroelektronik-Unternehmen, die Produktion von Umweltschutzgütern und der Ausbau neuer Dienstleistungen in den Bereichen Tourismus, Messen und Kongresse.

□ Ausbau der Informations- und Kommunikationsstruktur zum Ausgleich von Standortnachteilen und Nutzung des traditionellen Know-hows. Beispielhaft sind hier zu nennen verstärkte Investitionen in den Ausbau der Netze, Aufbau von Datenbanken und Modellprojekte im Medienbereich zur Umstellung auf die neuen Technologien.

□ Mehr Forschung für den Norden als Impuls für die Umstrukturierung der Wirtschaft. Dazu gehören die Erforschung und Anwendung neuer Seehafentechnologien, der Ausbau der Forschungsschwerpunkte Luftfahrt-, Biotechnologie und neue Werkstoffe, Zusammenfassung der Kapazitäten im Bereich Meeresforschung, Verstärkung des Schwerpunktes Meerestechnik, anwendungsorientierte Forschung im Bereich Information und Kommunikation, Forschung und Entwicklung im Bereich Humanisierung der Arbeit, Ausbau der Forschungstätigkeiten im Bereich Umweltschutz.

Die Autoren

unseres

Zeitgesprächs:

Volker Lange, 42, ist Senator für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft der Freien und Hansestadt Hamburg.

Walter Hirche, 45, ist Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr des Landes Niedersachsen.

Werner Lenz, 58, ist Senator für Wirtschaft und Außenhandel der Freien Hansestadt Bremen.

Dr. Manfred Biermann, 51, ist Minister für Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein.

Ökologische Modernisierung der norddeutschen Industrie zur Sicherung alter Industriestandorte. Beispiele hier sind: Förderung von Maßnahmen zur Energie- und Ressourceneinsparung, Förderung der Abfallwirtschaft, Aufbau eines norddeutschen Recycling-Centers und die Sanierung von Flüssen und Gewässern.

Ansätze gemeinsamer Politik

Ansätze einer solchen Politik sind vorhanden. Ein Beispiel ist die regionale Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg. Erfolge gibt es im Bereich der Verkehrspolitik, des Umweltschutzes und bei der gemeinsamen Landesplanung.

Beispiele für eine norddeutsche Zusammenarbeit sind das gemeinsame Auftreten gegenüber dem Bund bei den Beratungen über die Neuordnung der Tarifstruktur für den Seehafen-Hinterlandverkehr und die Forschungsaktivitäten von Bremer und Hamburger Einrichtungen bei den „innovativen Seehafentechnologien“.

Die Verstärkung der norddeutschen Zusammenarbeit ist der Schlüssel zur Lösung der wirtschaftspolitischen Aufgaben Norddeutschlands. Es kommt jetzt darauf an, diese Erkenntnisse in konkrete Politik umzusetzen.

Ausbau des zweiten Arbeitsmarktes

Bei all diesen und anderen Maßnahmen darf nicht vergessen werden, daß die hohe Arbeitslosigkeit in Norddeutschland durch Wachstum – auch bei erfolgreicher Modernisierung der Wirtschaft – selbst mittelfristig nicht nachhaltig abzubauen ist. Als Überbrückungsmaßnahme ist ein zusätzlicher kräftiger Ausbau des zweiten Arbeitsmarktes erforderlich. Deshalb fordert Hamburg dessen Ausweitung durch ein Son-

derprogramm für Norddeutschland. Bei entsprechender Finanzierung (Umschichtung von Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit) ist ein Ausbau des zweiten Arbeitsmarktes in drei Stufen bis 1989 möglich. Darüber hinaus ist eine Veränderung der Kriterien erforderlich. Der vorgeschlagene Ausbau von ABM-Maßnahmen im Norden würde sich aufgrund direkter und indirekter Wirkungen weitgehend selbst finanzieren.

Zunehmender Problemdruck – z. B. durch die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und die Werttenkrise – erfordert eine Intensivierung der Zusammenarbeit. Besonders unverständlich ist es daher, wenn trotz der schwierigen Aufgaben immer noch Defizite in der Zusammenarbeit bestehen.

Defizite in der Regionalpolitik

Die künstliche Trennung einheitlicher Wirtschaftsregionen durch Landesgrenzen – insbesondere zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein – führt nach wie vor zu einer Anzahl von überflüssigen Reibungsverlusten. Das System der Regional- und Zonenrandförderung bedarf dringend der Revision. Sonderabschreibungen und tiefgestaffelte Subventionssysteme direkt hinter der Hamburger Stadtgrenze haben wenig mit regionalpolitischen Notwendigkeiten oder arbeitsmarktpolitischen Erfordernissen zu tun. Sie dienen nur einem kleinkarierten Bürgermeisterwettbewerb. Wenn Subventionen vor allem die Verlagerung von Investitionen und Arbeitsplätzen innerhalb einer Wirtschaftsregion bewirken, nicht aber die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur, dann wird Regionalpolitik absurd.

Ziel einer gemeinsamen Strukturpolitik muß es sein, Verlagerungen von Unternehmen nur bei Verbesserung der Wirt-

schaftsstruktur der Gesamtregion zu fördern.

Der Minimalkonsens in der Wirtschaftsförderung müßte die folgenden drei Punkte umfassen:

Mitnahmeeffekte und Subventionswettkämpfe müssen vermieden werden, d. h. Betriebsabwanderungen, die nur um der Förderung willen stattfinden, sind zu verhindern.

Keine Förderung bei Verlagerung von Hamburger Unternehmen ins Umland über den gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen hinaus.

Konsultationen der norddeutschen Küstenländer bei Betriebsverlagerungen. Kooperation der norddeutschen Wirtschaftsförderungsgesellschaften bei An- und Umsiedlung von Unternehmen.

Wirtschaftspolitik darf nicht durch Landesgrenzen behindert werden. Einheitliche Wirtschaftsregionen benötigen eine einheitliche Politik. Wirtschaftsförderung ist ein Instrument der norddeutschen Strukturpolitik. Sie darf nicht kleinstaatlerisch mißbraucht werden.

Nur die Bündelung aller Maßnahmen:

gemeinsame Standortpolitik für Norddeutschland,

Ausbau des zweiten Arbeitsmarktes und

Abbau der regionalpolitischen Defizite

kann zur Lösung der anstehenden Aufgaben führen. Kleinstaaterei wird für Norddeutschland bei zunehmender nationaler und internationaler Dimension der wirtschaftlichen Entwicklung zum Verhängnis. Norddeutschland darf diese Entwicklung nicht verpassen. Norddeutschland muß für die gesamte Küstenregion denken und handeln – auch ohne den „Nordstaat“.

Walter Hirche

Der Wille zu gemeinsamem Handeln ist stärker geworden

Wirtschafts- und Strukturpolitik in den norddeutschen Küstenländern muß angesichts der noch zu lösenden Arbeitsmarkt- und Strukturprobleme

- die Wirtschaftskraft, insbesondere der mittelständischen Wirtschaft, nachhaltig stärken,
- den technischen Fortschritt massiv unterstützen,
- die Struktur der Länder energisch verbessern und
- Qualifikations- und Beschäftigungspolitik betreiben.

Der weitere Abbau der Arbeitslosigkeit bleibt eine zentrale Herausforderung für die Küstenländer, aber auch für die Tarifpartner, die sich ihrer Verantwortung stellen müssen. Voraussetzung für eine erfolgreiche Beschäftigungspolitik ist eine erfolgreiche Wirtschafts- und Strukturpolitik.

Die norddeutschen Länder arbeiten seit Jahren auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Bereichen zusammen. In der Landesplanung gibt es eine bilaterale Zusammenarbeit zwischen den beiden Flächenländern und den beiden Stadtstaaten im unmittelbaren Einzugsbereich der beiden Hansestädte. Die Regierungschefs sowie die Wirtschaftsminister und -senatoren treffen sich regelmäßig zu Konferenzen, wobei es insbesondere in der Strukturpolitik immer wieder gemeinsame Ansätze gegeben hat.

So ist 1970 der Versuch gemacht worden, eine gemeinsame regional-

politische Entwicklungskonzeption für Norddeutschland zu entwerfen. Doch ist es beim Versuch geblieben, da sich die unterschiedlichen Interessen, Ziele und Vorstellungen nicht ohne weiteres zusammenführen ließen.

Bisherige Anstrengungen

1975 haben die Küstenländer einen neuen Anlauf zu gemeinsamem Handeln unternommen. Ziel sollte es zunächst sein, die besonderen sektoralen und regionalen Entwicklungsprobleme in Norddeutschland zu analysieren und eine Bilanz des bisherigen regionalpolitischen Bemühens zu ziehen. Die Küstenländer waren bestrebt, mehr Abstimmung in wichtigen Einzelfragen, einen Abbau unnötiger Förderkonkurrenz und eine gemeinsame Werbung für den norddeutschen Raum zu erreichen. Außerdem sollte ausgelotet werden, inwieweit gemeinsame regionalpolitische Interessen gegenüber dem Bund vertreten werden können. Die mit der Mischfinanzierung verbundenen Probleme standen hierbei im Vordergrund.

Aufgrund der Strukturanalyse gelangten die Küstenländer und der Bund vier Jahre später zu der einmütigen Erkenntnis, daß Norddeutschland in vielfacher Hinsicht vor besonderen Entwicklungsproblemen steht. Im Jahre 1979 entschloß man sich deshalb – parallel zum Strukturprogramm Ruhrgebiet –, ein Strukturprogramm für

Norddeutschland durchzuführen. Bei der Festlegung der Inhalte gab es nicht zu lösende Probleme. Auch ein auf einige Kernbereiche zurückgeführter Maßnahmenkatalog fand nicht die Zustimmung der damaligen SPD-geführten Bundesregierung. So blieb schließlich nur der Bereich Forschung und Entwicklung übrig, auf den sich das gemeinsame Strukturprogramm konzentrierte. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Auch in der Zukunft sind die Realisierungschancen für ein integriertes Gesamtprogramm Norddeutschland eher gering, denn die Strukturprobleme und die Auffassungen zu ihrer Lösung sind in den einzelnen Küstenländern teilweise sehr unterschiedlich. Die niedersächsische Landesregierung wird aber wie in der Vergangenheit versuchen, die wichtigen Strukturprobleme gemeinsam mit den Küstenländern zu lösen. Mut macht für die Zukunft, daß der Wille zu einem gemeinsamen Handeln stärker geworden ist.

Sanierungskonzept für die Werften

Die gegenwärtige Krise des Schiffbaus trifft – wenn auch in unterschiedlichem Maße – alle norddeutschen Küstenländer. Sie ist – wie die Stahlkrise – ein internationales Problem, das nicht im nationalen Alleingang gelöst werden kann. Die Ursachen der seit Jahren andauernden Krise sind erkannt. Den weltweiten Handelschiffbaukapazitäten

steht eine nicht annähernd gleiche Nachfrage nach Schiffsneubauten gegenüber, da bereits die bestehenden Flotten nicht ausgelastet sind. Um Aufträge zu erhalten, haben die Werften Preisnachlässe gewährt und andere Finanzierungszugeständnisse gemacht. Sie sind trotz bisheriger beträchtlicher Subventionen der Küstenländer und des Bundes nicht aus der Verlustzone herausgekommen. Abgebaut wurden vor allem nicht spezialisierte Produktionsbereiche, bei denen die deutschen Werften schon wegen der hohen Lohnkosten nicht mehr wettbewerbsfähig waren. Durch die höheren Subventionszahlungen der internationalen Konkurrenz ist inzwischen auch der leistungsstarke Spezialschiffbau in die Verlustzone geraten. Um national wie international Angebot und Nachfrage wieder ins Gleichgewicht zu bringen, muß bei uns ebenso wie weltweit ein deutlicher Kapazitätsabbau erfolgen, sonst werden die Werften nicht auf Dauer überleben können. Dieser Abbau bedarf einer staatlichen Flankierung auch im Interesse neuer Arbeitsplätze.

Für die Werften der norddeutschen Küstenländer hat sich die Situation verschärft, denn die Aufträge sind im laufenden Jahr weiter rückläufig gewesen. Auch für die nächsten drei Jahre ist mit einer grundlegenden Verbesserung der Auftragssituation nicht zu rechnen, so daß jetzt unverzüglich gehandelt werden muß, auch wenn in Niedersachsen derzeit keine akuten Notlagen bestehen. Dabei wird ein schrittweiser Abbau von Werftkapazitäten und eine Umstrukturierung des Bestandes unumgänglich sein. Das Konzept für die Umstrukturierung muß von der Werftindustrie selbst entwickelt und umgesetzt werden, denn nur sie kennt ihre finanziellen und technischen Möglichkeiten. Die Durchführung sollte

in einem von der gesamten Branche akzeptierten Verfahren und geordnet erfolgen.

Handlungsbedarf

Eine staatliche Flankierung dieser Maßnahmen ist notwendig, wobei die Wettbewerbsfähigkeit der verbleibenden Werften und Werftenzusammenschlüsse das Ziel sein sollte. Sie wird aber nur zur notwendigen Umstrukturierung des Schiffbaus beitragen können, wenn ein gemeinsames Handeln der Küstenländer und des Bundes sichergestellt ist. Dabei müssen Länder- und Standortinteressen zurückstehen, um eine Minimierung künftiger Subventionszahlungen zu erreichen und einen weiteren Niedergang der Werften zu verhindern.

Staatliche Hilfen sind deshalb gerechtfertigt, weil zu erwarten ist, daß sich in einigen Jahren durch Ersatzbedarf der Markt für Handelsschiffsneubauten wieder beleben wird. Dieser weltweit wachsende Ersatzbedarf wird im großen Umfang den international wettbewerbsfähigen deutschen Werften zugute kommen, die aufgrund der Qualität ihrer Produkte und Serviceleistungen als leistungsstark zu bezeichnen sind. Nach wie vor zeichnen sich deutsche Werften in der Konstruktion und Fertigung wie auch in der Innovationsfähigkeit und der Termintreue international als äußerst zuverlässig aus. Dies muß und kann auch nach erfolgter Umstrukturierung und geordnetem Kapazitätsabbau erreicht werden.

Die Notwendigkeit zu staatlichem Handeln ergibt sich nicht nur aus struktur- und beschäftigungspolitischen Überlegungen – küstenweit beschäftigt der Schiffbau rund 40 000 Arbeitnehmer, hinzu kommen rund 16 000 Arbeitsplätze der Zuliefererindustrie in Norddeutschland –, sondern auch aus hafenwirtschaftlichen und verteidigungspoliti-

schen Überlegungen. Im übrigen ist die maritime Infrastruktur mit ihren Kapazitäten in Hochschulen und Forschungsinstituten ohne Schiffbauindustrie nicht möglich. Schließlich gewährleistet die Schiffbauindustrie die weitere Entwicklung des bereits vorhandenen Know-how im Off-shore-Bereich wie auch im Meerestiefbau und in der Meeresforschung. Letztlich ist eine leistungsfähige deutsche Handelsflotte ohne eigene starke Werftindustrie nicht möglich.

Die Küstenländer haben in ihrer Konferenz am 25. 6. 1986 ihren Willen zur Hilfe bekräftigt. Die Werftenkrise kann von Werften, Verbänden, Küstenländern und Bund nur gemeinsam gelöst werden. Es sollte jetzt ein gemeinsames zukunftsweisendes Konzept entwickelt werden. Die niedersächsische Landesregierung wird hierzu ihren Beitrag leisten.

Forschungsförderung

Auch im Bereich der Forschungs- und Technologiepolitik sollten die Anstrengungen für eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den norddeutschen Küstenländern verstärkt werden. Die Küstenländer werden Sorge dafür tragen müssen, daß sich die Innovationsfähigkeit und -freudigkeit der Unternehmen weiter verstärkt. Vor allem gilt es, den Technologietransfer zu den kleinen und mittleren Unternehmen zu erleichtern, damit die dort in großem Maße vorhandenen Fähigkeiten gezielt ausgeschöpft werden können.

Die bisherige Forschungs- und Technologiepolitik hat in Niedersachsen wichtige Grundlagen gelegt. So wurden wirtschaftsnahe Forschungsinstitute geschaffen, die auf den Gebieten der sogenannten Basistechnologien unter breiter Beteiligung der Wirtschaft tätig werden. Mit Hilfe des Landes sind inzwi-

schen das Institut für Fernwärmeforschung, das Institut für Kautschuktechnologie, das Institut für Angewandte Mikroelektronik, das deutsche Institut für Lebensmitteltechnik sowie kürzlich das Laserzentrum in Hannover gegründet worden. Es werden alle Anstrengungen im organisatorischen, personellen und finanziellen Bereich unternommen, um die Umsetzung der wissenschaftlichen Ergebnisse, d. h. den Technologietransfer zur produzierenden mittelständischen Wirtschaft, noch zu verbessern. Für uns ist diese günstige Ausgangsbasis Ansporn und Verpflichtung zugleich, darauf hinzuwirken, daß die Forschung in den Hochschulen, Fachhochschulen und öffentlichen Instituten noch wirtschaftsnaher wird.

Niedersachsen wird zu einem Forschungsland ausgebaut. Damit werden günstige Voraussetzungen für Industrieansiedlungen und neue Arbeitsplätze geschaffen. Im Haushalt 1987 sind rund 176 Mill. DM mehr für Forschungseinrichtungen und Forschungsförderungsmaßnahmen veranschlagt als 1986. Der Gesamtansatz beträgt jetzt 2,2 Mrd. DM. In den letzten Jahren konnte Niedersachsen wie die anderen norddeutschen Küstenländer mit großen eigenen Anstrengungen den Abstand zum Bundesdurchschnitt verringern. Die eigenen Ausgaben für außeruniversitäre Forschung wurden in den letzten zehn Jahren nahezu verdoppelt.

Insgesamt haben die norddeutschen Länder mit eigenen Mitteln einen höheren Anteil am Haushalt ihrer Forschungseinrichtungen finanziert als die süddeutschen Länder in ihrem Bereich. Der nach wie vor bestehende Rückstand zum Bundesdurchschnitt ist im wesentlichen auf die jahrelange Benachteiligung durch die Forschungs- und Entwicklungspolitik des Bundes zurückzu-

führen. Der Anteil Niedersachsens an den direkten Projektfördermitteln lag 1985 immer noch um 3 Prozentpunkte unter dem Anteil, den man nach Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft erwarten konnte. Baden-Württemberg erreichte einen Anteil von 21 %, Bayern von 17 % und Nordrhein-Westfalen von 32 %. Deshalb sollten auch in diesem Bereich Wege zu einer konkreten Zusammenarbeit zwischen den norddeutschen Küstenländern gesucht werden.

Unterschiede in der Energiepolitik

In der Energiepolitik sind die Unterschiede zwischen den Konzepten der norddeutschen Länder besonders groß. Sie sind in den letzten Wochen insbesondere durch das Problem einer weiteren Nutzung der Kernenergie für die Stromversorgung deutlich geworden. Bislang war man sich darin einig, daß an der friedlichen Nutzung der Kernenergie festgehalten werden sollte, solange nicht aus anderen Energiequellen ausreichende Energie unter vertretbaren ökologischen und wirtschaftlichen Bedingungen zur Verfügung steht. Jetzt fordert z. B. das Land Bremen einen sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie, obwohl es nur über ein kommunales Stadtwerk verfügt und somit auf den Strom aus Niedersachsens Kernkraftwerken angewiesen ist. Hamburg, das sich etwa in der gleichen Situation befindet, schiebt seine Forderung nach Abschaltung der Kernkraftwerke nur zeitlich noch etwas hinaus.

Beide Stadtstaaten sollten zu einer realistischen Energiepolitik zurückkehren und versuchen, mit den Flächenländern zu einem tragfähigen Konzept der Energiepolitik zu kommen. Grundlage dieses Konzepts muß sein, daß die Anstrengungen in der Forschung erheblich

verstärkt werden, um alternative Energietechniken zu entwickeln und neue Energiequellen zu erschließen. Für die zukünftige Deckung des Energiebedarfs sind eine Fortsetzung der Energieeinsparung und eine effektivere Ausnutzung des bestehenden Energieangebots erforderlich.

Das Energiewirtschaftsgesetz von 1935 ist entsprechend neu zu fassen. Dabei sind die Ziele des Wettbewerbs zwischen den Energieträgern sowie die Schonung der Umwelt und der natürlichen Ressourcen zu erfüllen. Ein nationaler Alleingang bei der Abschaffung der Kernenergie, wie ihn die SPD und Grünen vorschlagen, macht im übrigen wenig Sinn. Kein einziges der im Umkreis von 2000 km stationierten ausländischen 162 Kernkraftwerke wird dadurch sicherer. Die Bundesrepublik nutzt bei einem Ausstieg nicht die Chance, auf die Sicherheit der Kernkraftwerke bei ihren Nachbarn in Ost und West, die ihre Anlagen weiterbetreiben wollen, Einfluß zu nehmen.

Ausblick

Die norddeutschen Länder haben gemeinsame Probleme und Aufgaben für die Zukunft. Sie sollten den Versuch unternehmen, sie gemeinsam zu bewältigen. Dabei darf gemeinsame politische Anstrengung nicht mit Einheitlichkeit verwechselt werden. Auch sollte nicht versucht werden, in einem Kraftakt alle Probleme zu lösen. Die politisch Verantwortlichen sind gut beraten, wenn sie Schwerpunkte setzen und zunächst besonders dringliche Probleme wie die Werftenkrise zu lösen versuchen. Divergierende Auffassungen in den Ländern über die Lösung der gemeinsamen Probleme sollten eher Ansporn sein, um im Interesse Norddeutschlands zu einer gemeinsamen Wirtschafts- und Strukturpolitik zu finden.

Werner Lenz

Notwendigkeit und Grenzen einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik

Wir erleben seit einigen Jahren in der Bundesrepublik Deutschland einen interessanten Vorgang. Einen Vorgang, der sich ausdrückt im Wettkampf um die Trophäe, welches Bundesland oder welche Kommune die beste Wirtschaftsförderungspolitik betreibt und wem letztlich das symbolische Gütesiegel für besondere wirtschaftliche Erfolge zusteht. Bayern und Baden-Württemberg streiten hierbei an vorderster Front, bezeichnen sich wechselseitig als die Schrittmacher für neue Technologien und blicken, nicht frei von Verachtung, auf die wirtschaftlich armen Verwandten in nördlicheren Bundesgebieten, die sich von der Ruhr bis hinauf zur dänischen Grenze mit vielen unüberwindlichen Strukturproblemen herumplagen.

Die unterschiedlichen strukturellen Verhältnisse zwischen Nord- und Süddeutschland waren schließlich ja auch der Grund dafür, daß die falsche Auffassung erzeugt wurde, als gäbe es ein durchgehendes wirtschaftliches Nord-Süd-Gefälle in der Bundesrepublik Deutschland. Niemand bestreitet, daß die neuen Technologien ihre Forschungs- und Entwicklungs- sowie auch Produktionsschwerpunkte zum Teil in und um München und Stuttgart haben. Aber das sagt noch nichts aus über die tatsächliche Lage der beiden Länder Bayern und Baden-Württemberg.

Denn wie leicht ein schiefes Bild entstehen kann, wenn man Flächenstaaten mit Stadtstaaten vergleicht, wird an einem einfachen Beispiel deutlich.

Bayern ist zwar das Land, das 1985 mit 4,2 % die höchste Wirtschaftswachstumsrate aufweist, mit seinem Pro-Kopf-Einkommen von nahezu 28 000 DM aber ebenso wenig das gelobte Technologiewunderland ist wie Baden-Württemberg mit seinem Pro-Kopf-Einkommen von 29 600 DM und einem Wirtschaftswachstum von 3,2 %. Denn immerhin betrug das Pro-Kopf-Einkommen im gleichen Zeitraum in Bremen über 36 000 DM und die wirtschaftliche Wachstumsrate lag bei 3,6 %.

Beliebtes Klischee

Ich halte es für höchst bedenklich, wenn nicht sogar für unseriös, daß im Wettlauf um die eigene wirtschaftliche Zukunft einige Länder so tun, als seien nicht einzelne hochindustrialisierte Regionen in ihren Ländern, sondern das gesamte Land die Zündkerzen, ohne die der Wirtschaftsmotor unserer Republik beträchtliche Leistungsdefizite aufweisen würde.

Bei dem beliebten Klischee vom Nord-Süd-Gefälle wird häufig so getan, als seien die Erfolge der einen eine Konsequenz einer Politik der weisen Vorausschau, einer Politik des rechtzeitigen Problemerkennens und der rechtzeitigen Gegensteuerung, einer Politik des ausgeprägten wirtschaftlichen Sachverständes. Denjenigen, die sich heute mit Problemen herumschlagen müssen, wird die wirtschaftspolitische Kompetenz bestritten mit der Begründung, sie seien eben zu spät aufgewacht, hätten über ihre Verhältnisse gelebt oder, was noch

schwerer wiegt, sie seien einfach nicht clever genug.

Die mit der Sache Befassten wissen natürlich, daß die süddeutsche Entwicklung entscheidend auf die Ressourcen im Forschungs- und Entwicklungsbereich in München und Stuttgart und auf die besonders günstige Struktur der großen Zahl kleiner und mittlerer Unternehmen in Bayern und Baden-Württemberg zurückzuführen ist.

In der Auseinandersetzung um die wirtschaftliche Strukturverbesserung in den norddeutschen Küstenländern wird leider zu oft das Goethe-Wort, wonach die Notwendigkeit der beste Ratgeber ist, nicht beachtet. Wir haben mit Ernüchterung zur Kenntnis zu nehmen, daß die bisherigen Instrumente der Wirtschaftsförderung, gleich, ob es sich dabei um kommunale, landeseigene oder Bundeshilfen handelt, nicht viel mehr als Alibiprogramme waren, die die wirtschaftlichen und damit auch die sozialen Bedingungen in den schwachen Gebieten nicht einmal im Ansatz verändert haben.

Flexible Finanzhilfen

Was nützen uns die 15- und 20 %igen Investitionshilfen, die bei potentiellen Investoren nur sehr unzureichend die Neigung erzeugen, in neue Produktionslinien einzusteigen? Wir sollten vielmehr den Mut haben, solche Investitionshilfen nicht nur überwiegend, wie das bisher der Fall war, an diejenigen zu zahlen, die ohnehin die Absicht hatten, ihre Produktion auszuweiten oder ihren Betrieb umzusiedeln. Wir

sollten das Geld vielmehr massiert dort einsetzen, wo die Bereitschaft vorhanden ist, mit deutlicher Eigenbeteiligung stark risikobehaftete strukturverändernde Investitionen zu wagen. Und der Staat sollte bei der Standortwahl deutliche Hinweise geben. An die Stelle von fest fixierten Prozentanteilen müssen also flexible Hilfen treten, die, je nach Bedeutung des Vorhabens, Finanzzuwendungen zwischen 30 bis 70 % der beabsichtigten Investitionssumme vorsehen müßten, wobei selbstverständlich auch eine teilweise spätere Rückzahlung ins Auge gefaßt werden könnte.

Auch müßten die Möglichkeiten geschaffen werden, mit größerer staatlicher Unterstützung neue Wege bei der Eigenkapitalbildung der Unternehmen zu gehen oder die Hergabe von privatem Risikokapital an Dritte zumindest teilweise durch den Staat abzusichern. Wo erkennbare Zukunftschancen von der privaten Wirtschaft nicht aufgegriffen, d. h. in entsprechende Investitionen für neue Produkte und Dienstleistungen umgesetzt werden, sollte die öffentliche Hand mit einer zeitlich befristeten Vorfinanzierung des Startrisikos einspringen, um sich nach der Überwindung der ersten Anlaufschwierigkeiten wieder aus dem Geschäft zurückziehen.

Industrieansiedlungspolitik

Ich bin in der Vergangenheit immer wieder heftig kritisiert worden bei dem Versuch, wirksame Alternativen für die Förderung strukturverändernder Investitionen in benachteiligten Regionen vorzuschlagen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß wir den Problemen mit den herkömmlichen Instrumenten nicht beikommen. Wir müssen auch begreifen lernen, daß es eine falsche Politik ist, riesige Geländeflächen als Industrierwartungsland herzu-

richten. Wir müssen weiter begreifen, daß es keine Leistung ist, das dann, als im Sinne des Wortes, in den Sand gesetzte Kapital jahrzehntelang den möglichen Ansiedlungsinteressenten wie sauer Bier anzubieten.

Die Unternehmen der Zukunft werden nicht die flächenfressenden Industriegiganten sein, die riesige Flächen erfordern und verhältnismäßig wenig Menschen in Arbeit und Brot bringen. Unsere Sorge ist heute auch gar nicht, ob es gelingt, genügend Fläche für Investitionsvorhaben der Wirtschaft herzurichten und vorzuhalten. Da gibt es keine Schwierigkeiten. Unsere Sorge ist vielmehr, daß in den letzten Jahren neue Entwicklungen an uns vorbeigegangen sind mit neuen umfangreichen Märkten, denen wir jetzt quasi hinterherlaufen.

Rahmenbedingungen

Ein wichtiger strukturpolitischer Hebel liegt zweifellos bei der Förderung der Rahmenbedingungen für eine Ausweitung des zukunftssträchtigen Dienstleistungssektors. Ich spreche bewußt von Rahmenbedingungen, denn niemand wird erwarten, daß die öffentliche Hand in Zukunft selbst verstärkt als Träger von Dienstleistungen auftreten wird. Ich denke, die Entwicklung wird hier zwangsläufig eher umgekehrt verlaufen.

Weiterhin ist klar, daß eine wachsende Mobilität von Arbeitskräften, wenn der Norden sich gesamtwirtschaftlich attraktiver macht, durchaus wieder einmal dazu beitragen kann, daß auch bei uns wieder Zugangsgewinne auftreten können. Allerdings können wir das nur verkraften, wenn wir imstande sind, das Angebot an Arbeitsplätzen nachhaltig auszuweiten. Ich will in diesem Zusammenhang nicht ausschließen, daß eines Tages eine Rückwanderungsentwicklung einsetzt,

weil schon jetzt erkennbar wird, daß die industrielle Verdichtung in manchen süddeutschen Ballungsgebieten an Grenzen stößt.

Schwächen des Föderalismus

Bei aller Würdigung der Bemühungen der Ministerkonferenzen der norddeutschen Küstenländer, gemeinsame Handlungslinien zu fixieren, erleben wir in der Praxis allerdings immer wieder einen Vorgang, den der bekannte Landesplaner Fritz Schumacher bereits 1932, also vor über 50 Jahren, folgendermaßen charakterisierte:

„Für das Planen mag ein Zustand, als ob keine Grenzen vorhanden sind, genügen. Sobald beim Ausführen finanzielle Fragen in Betracht kommen, bleibt jede Grenze das, was sie immer war. Eine Macht, die in wirklich schwierigen Fällen das Vorzeichen des Interesses umkehrt. Dagegen hilft kein guter Wille und keine Erkenntnis.“

Ich meine, daß dieses Zitat von 1932 auch 1986 noch mit den Tatsachen des politischen Handelns, und das nicht nur im norddeutschen Küstenbereich, übereinstimmt. Das macht unsere Arbeit auch so überaus schwer. Nicht nur die Uneinsichtigkeit in das Notwendige bei denen, die um den Erhalt von Selbstbestimmung, Eigenentscheidung und Einnahmestabilität für ihre Stadt oder für ihre Landgemeinde kämpfen, hemmt unsere Bemühungen, auch der föderalistische Staatsaufbau unserer Republik, den ich uneingeschränkt bejahe, zeigt hier seine Schwächen.

In der Auseinandersetzung um die wirtschaftliche Strukturverbesserung in den norddeutschen Küstenländern wird leider ebenfalls zu oft nicht beachtet, daß die Notwendigkeit der beste Ratgeber ist. Und darum erleben wir es immer wieder, daß die so eifrig beschworene Gemeinsamkeit als Fahne der Verhei-

ßung nur so lange hochgehalten wird, solange nicht Landesinteressen, die sich womöglich noch mit wahltaktischen Überlegungen paaren, den Tribut des politischen Alltags fordern.

Dabei sind die Tatsachen, von denen wir bei dem Versuch auszugehen haben, mehr Gemeinsamkeit herzustellen, eindeutig.

Der große industrielle Zug zur Küste hat nicht stattgefunden und wird vermutlich in absehbarer Zeit auch ausbleiben.

Die Konkurrenz der Häfen vornehmlich zu den Westhäfen wird härter.

Die globale Verlagerung wichtiger Warenströme in den pazifischen Raum stellt eine außenhandelsorientierte Küstenregion vor neue Herausforderungen.

Die Mobilität von Unternehmen, besonders der größeren, tendiert bundesweit gegen Null. Ansiedlungen sind fast reine Glückssache und nur in geringem Maße von besonderen Förderkonditionen im sogenannten Bürgermeister-Wettbewerb abhängig.

Die Vision eines umfassenden wirtschaftlichen Gleichgewichts zwischen den einzelnen Wirt-

schaftsregionen in der Bundesrepublik ist vorerst gescheitert. Die Schere öffnet sich weiter.

Die Entwicklung neuer Industrien und Dienstleistungen schreitet hektisch voran. Ein Beharren auf der Konservierung des Bestehenden stellt die Zukunft in Frage.

Hohe Arbeitslosigkeit ist mit Wachstum allein nicht in den Griff zu bekommen

Gemeinsamer Handlungsbedarf

Eine ganze Palette neuer Ideen und Konzepte, bei denen sich norddeutsche Gemeinsamkeit bewähren könnte, ist gefragt in den Bereichen

Überwindung der Arbeitslosigkeit,

Ökologie,

Technologie- und Innovationspolitik,

Regionalförderung,

Energiepolitik,

Verkehrsinfrastruktur und

Tourismus und Naherholung.

Dabei ist die langjährige, aber leider erfolglose Forderung der norddeutschen Küstenländer nach einem besonderen Küstenstruktur-

programm in jüngster Zeit durch die dramatische Zuspitzung im Schiffbau von besonderer Aktualität.

Der technologische Anpassungszwang eröffnet denen neue Entwicklungschancen, die sich diesen Herausforderungen gegenüber flexibel und dynamisch verhalten. Natürlich dürfen wir nicht nachlassen in dem Bemühen, die altindustriellen Eckpfeiler unserer Wirtschaft mit allen verfügbaren Kräften wettbewerbsfähig zu erhalten. Modernisierung und strukturelle Anpassungen, Diversifikation und ein konsequentes Eintreten für eine angemessene Gestaltung der Rahmenbedingungen gehören ebenso dazu wie der Mut, aus bestehenden Ansätzen Neues zu entwickeln.

Längst sind allerdings die Zeiten vorbei, in denen wir darauf vertrauen durften, daß eine solche Bestandspflege identisch sei mit Zukunftsvorsorge. Zukunftsvorsorge für die Küstenregion, das bedeutet auch Kooperation bei der arbeitsteiligen Bereitstellung überregionaler Infrastrukturen für zukunftsweisende Industrien. Es wird zäher und entschlossener gemeinsamer Arbeit bedürfen, um diesen Prozeß der kontinuierlichen und wachsenden Kooperation in Gang zu setzen und voranzutreiben.

Manfred Biermann

Die gemeinsamen Anstrengungen müssen stärker koordiniert werden

Die Erkenntnis, daß es länderübergreifende norddeutsche Interessen gibt, die eine gemeinschaftliche Politik nahelegen, ist nicht neu. Die Küstenländer arbeiten seit vielen Jahren auf zahlreichen Gebieten zusammen, darun-

ter insbesondere auch in strukturpolitischen Fragen. Bereits 1969 wurde zwischen den norddeutschen Ländern im Rahmen der Konferenz Norddeutschland der Regierungschefs eine Zusammenarbeit in verschiedenen Fachpolitikberei-

chen institutionalisiert. Die Konferenz hat sich als Aufgabe die räumlich-strukturelle und wirtschaftliche Weiterentwicklung der Küstenregion gestellt.

Die in Norddeutschland zu konstatierenden Wirtschaftsschwä-

chen haben ihre Ursachen zu einem großen Teil in infrastrukturellen Bereichen. Dazu gehören in erster Linie die teilweise dünne Besiedelung und die weiten Entfernungen zu den Zentren wirtschaftlicher Aktivität innerhalb der Küstenregion, in der Bundesrepublik und in Europa. Dies bedeutet Erschwernisse für die wirtschaftliche und wissenschaftliche Kommunikation und die innerregionalen Produktionsbeziehungen.

Obwohl in den letzten Jahren manches getan wurde, verfügt der Norden noch nicht in hinreichendem Maße über genügend leistungsfähige und schnelle Verkehrsnetze auf Straße, Schiene, Wasserwegen und im Luftverkehr. Hinzu kommt ein im Verhältnis zu den süddeutschen Ländern deutliches Strukturdefizit bei Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen.

Weite Teile Norddeutschlands weisen einen vergleichsweise niedrigen Industrialisierungsgrad auf. Andererseits dominierten an der Küste historisch bedingt lange Jahre hindurch traditionelle Industriezweige wie der Schiffbau und die Stahlindustrie. Dies hat zu räumlichen und branchenmäßigen Ungewogenheiten in der norddeutschen Wirtschaft geführt.

Seitdem immer deutlicher wird, mit welcher Dynamik und Schnelligkeit die süddeutschen Länder den technologischen Erneuerungsprozeß bewältigen und welches wirtschaftliche Wachstumstempo sie dabei vorlegen, ist in Norddeutsch-

land bei allen Verantwortlichen das Bewußtsein dafür gewachsen, daß Wirtschaft und Politik noch intensiver als bisher zusammenarbeiten müssen, wenn der Anschluß an die bundesweite Entwicklung nicht verlorengehen soll.

Norddeutschland braucht eine gemeinsame Wirtschafts- und Strukturpolitik. Das bedeutet ein abgestimmtes Vorgehen der Küstenländer in allen entscheidenden Grundfragen der Weiterentwicklung und Wettbewerbsstärkung des norddeutschen Wirtschaftsraumes, wobei die Eigenständigkeit und die Interessenlagen der einzelnen Länder gewahrt bleiben. Ziel gemeinsamer strukturpolitischer Bemühungen muß es sein, noch vorhandene industrielle Monostrukturen an der Küste durch Erweiterung und Modernisierung der industriellen Basis zu überwinden und zukunftssträchtige Dienstleistungsbereiche verstärkt im Norden heimisch zu machen. Wir brauchen mehr forschungs- und entwicklungsintensive Wachstumsbranchen wie Elektronik, Chemie, Fahrzeug- und Flugzeugbau sowie daneben Betriebe des Informations- und Kommunikationsbereiches.

Den großen Städten Norddeutschlands kommt für die Weiterentwicklung der Gesamtregion eine wichtige Rolle zu. Es gilt, die Metropolfunktion der Städte in den modernen Dienstleistungsbereichen zielstrebig zu stärken, damit sie wirtschaftliche Wachstumsimpulse auf die benachbarten Räume abgeben können.

In den schwächer strukturierten Räumen muß neben das Bemühen um die Ansiedlung neuer Industriezweige und neuer Dienstleistungsunternehmen verstärkt die Förderung von Neugründungen kleinerer und mittlerer Betriebe aus der Region treten.

Der Aufbau einer modernen und zukunftsorientierten norddeutschen Wirtschaft ist nur möglich, wenn hierfür eine zeitgemäße Infrastrukturausstattung bereitgestellt wird. All dies kostet viel Geld, das nicht allein von den Küstenländern aufgebracht werden kann. Der Norden ist auf eine nachhaltige finanzielle Unterstützung des Bundes angewiesen. Diese wird sich um so eher erreichen lassen, je mehr Norddeutschland lernt, mit einer Stimme zu sprechen und sich unter Zurückstellung regionaler und gar lokaler Sonderinteressen auf Prioritäten bei vordringlichen Gemeinschaftsprojekten zu einigen.

Gemeinsame Initiativen

In diesem Sinne sind die von der Konferenz Norddeutschland am 20. September 1985 in Kiel verabredeten gemeinsamen Initiativen zur Stärkung des Wirtschafts- und Lebensraumes Norddeutschland zu verstehen. Auf folgenden Gebieten wollen die norddeutschen Länder schwerpunktmäßig ihre Anstrengungen forcieren und den Bund zu finanzieller Unterstützung veranlassen:

Ausgebaut werden soll die Forschungskapazität in den Küstenländern, wobei der Bereich der Mee-

WELTKONJUNKTUR DIENST

Der Vierteljahresbericht, der von der Abteilung Weltkonjunktur des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg erarbeitet wird, analysiert und prognostiziert die wirtschaftliche Entwicklung in den wichtigsten westlichen Industrienationen sowie auf den Weltrohstoffmärkten.

Jahresbezugspreis
DM 80,-
ISSN 0342-6335

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG

resforschung und der Meerestechnik einen besonderen Schwerpunkt bilden wird.

Die Meereswirtschaft wird von den Küstenländern als ein weites Feld wirtschaftlicher Möglichkeiten mit großen Zukunftschancen angesehen, für das schon viel Basiswissen an der Küste existiert. In diesem Zusammenhang halten die norddeutschen Länder die Gründung eines Instituts für maritime Geowissenschaften (GEOMAR) an einem Küstenstandort für unverzichtbar.

Zu den im Vorjahr von der Konferenz Norddeutschland beschlossenen gemeinsamen Initiativen gehören auch verschiedene überregional bedeutsame Verkehrsprojekte, vorbeugende Maßnahmen zum Schutz der Nordsee und des Wattenmeeres und insbesondere eine Verbesserung der Voraussetzungen für eine Ausweitung und Modernisierung des Dienstleistungsbereiches in Norddeutschland. Dies soll durch ein verstärktes Angebot leistungsfähiger Telekommunikationsformen erreicht werden. Die Konferenz Norddeutschland hat verdeutlicht, daß eine grundlegende Strukturverbesserung der norddeutschen Region in diesem Bereich ungeachtet intensiver Länderbemühungen nur bei einem verstärkten Engagement des Bundes möglich ist.

Die im Informations- und Kommunikationsbereich mit Hilfe der neuen Techniken entstehenden „Verkehrswege der Zukunft“ haben für die weitere Entwicklung Norddeutschlands große Bedeutung. Insbesondere können mittelständische Unternehmen hier Informations- und Kommunikationsbereiche für sich eröffnen, die bislang nur großen Unternehmen offenstanden. Dadurch kann die Position der mittelständischen Wirtschaft im Wettbewerb gestärkt werden. Dies wird auf weite Gebiete Norddeutschlands

Auswirkungen haben, in denen mittelständische Unternehmen überproportional vertreten sind.

Die norddeutschen Länder müssen künftig in weiteren Bereichen zu Gemeinschaftsinitiativen finden, da nur ein geschlossenes Auftreten dem Bund hinreichend verdeutlichen kann, daß Norddeutschland zum Ausgleich der aus seiner Randlage resultierenden Nachteile der Hilfe zur Selbsthilfe bedarf, wenn der Forderung des Grundgesetzes nach Herstellung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Regionen Genüge getan werden soll.

Prüfstein Werftenkrise

Einen Prüfstein für die gemeinsame norddeutsche Wirtschafts- und Strukturpolitik stellt die Bewältigung der Werftenkrise dar. Die norddeutsche Schiffbauindustrie macht zur Zeit ihre schwerste Strukturkrise durch, von der auch zahlreiche Zulieferbetriebe in Mitleidenschaft gezogen sind. Die Ursachen liegen in weltweiten Tonnageüberkapazitäten, die durch die massive Subventionspolitik vor allem der asiatischen Herstellerländer entstanden sind. Wenngleich sich eine Aufrechterhaltung der derzeitigen norddeutschen Werftkapazitäten auf Kosten der Steuerzahler bei fehlender Nachfrage volkswirtschaftlich nicht vertreten läßt, bedarf es doch der Weiterführung des deutschen Schiffbaues und einer deutschen Handelsflotte in angemessenem Rahmen. Sonst würde die Bundesrepublik als eines der führenden Welthandelsländer schnell in internationale Abhängigkeit geraten. Das auf den Werften vorhandene technische Know-how wird überdies auch benötigt, damit die in der Meereswirtschaft liegenden Zukunftschancen von der norddeutschen Wirtschaft genutzt werden können.

Die norddeutschen Länder erarbeiten derzeit zusammen mit der Schiffbauindustrie ein gemeinsames Werftenanpassungskonzept für die gesamte Küstenregion. Dieses wird Anpassungshilfen für die verbleibenden Schiffbaukapazitäten, sozial- und regionalverträgliche Maßnahmen für den Beschäftigungsabbau sowie Förderansätze für die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen für die von der Werftenkrise betroffenen Arbeitnehmer enthalten. Für die Durchführung des Werftenanpassungskonzepts erwarten die norddeutschen Länder wirksame finanzielle Hilfe durch den Bund, aber auch durch die Europäische Gemeinschaft. Auf diesem Gebiet muß sich die oft beschworene norddeutsche Allianz im Interesse der betroffenen Menschen unbedingt bewähren.

Die Küstenländer müssen ihre wirtschafts- und strukturpolitischen Anstrengungen in den entscheidenden Bereichen verstärkt koordinieren, um eine moderne und zukunftsorientierte norddeutsche Wirtschaft aufzubauen. Die Forcierung der Forschungs- und Entwicklungspolitik, der verstärkte Ausbau der überregionalen Verkehrsinfrastruktur und die Nutzung der modernen Kommunikationstechniken sind hierfür die wichtigsten Aktivitätsbereiche.

Die vielfältigen staatlichen Anstrengungen zugunsten Norddeutschlands müssen ihre Entsprechung auch im unternehmerischen und gewerkschaftlichen Bereich finden. Der Norden benötigt mehr schöpferisches und wagemutiges unternehmerisches Engagement. Die Gewerkschaften sollten sich im wohlverstandenen Interesse der norddeutschen Arbeitnehmer zu mehr regional und branchenmäßig differenzierten Tarifabschlüssen verstehen. Durch eine höhere Lohnflexibilität könnte die norddeutsche Standortattraktivität wesentlich aufgewertet werden.